

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden.  
Verleger: Carl Neubauer.  
Druck: Carl Neubauer.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Januar 1926 bei halbjährlicher Zahlung frei Haus 1,50 Mark.  
Postbezugspreis für Monat Januar 3 Mark. Einzelnummer 15 Pfennig.  
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 40 mm breite Zeile 40 Pf., außerhalb 50 Pf., überhalb 200 Pf., Überlieferungsgebühr 10 Pf., Zusätzl. Beiträge gegen Vorzusahl.

Schreibleitung und Hauptgeschäftsstelle  
Markstraße 38/42.  
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.  
Telefon-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unpersönliche Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Das Schicksal der Eisenbahn-Obligationen. Parker Gilbert hält die Unterbringung auf dem internationalen Geldmarkte zurzeit für unmöglich. Gerüchte über einen erzwungenen Rücktritt Karols. — Ein erweitelter Sanierungsplan der nordfranzösischen Industriellen.

### Die Gefahr einer Verschleuderung.

Berlin, 4. Januar. In der ausländischen Presse war in den letzten Tagen viel von der Absicht die Rede, einen Teil der deutschen Eisenbahnobligationen zugunsten einer französischen Stabilisierungsanleihe zu verkaufen. Ein solcher Plan ist wohl auch mit englischen, französischen und amerikanischen Finanzfachverständigen erörtert worden. Man nimmt an, daß er bei den Verhandlungen des Generalagenten Gilbert in Washington eine erhebliche Rolle gespielt hat.

Nach den Bestimmungen, die durch das Eisenbahngesetz und die Satzungen der deutschen Reichsbahngesellschaft im Anschluß an die Bonner Konferenz getroffen wurden, hat die deutsche Reichsbahngesellschaft insgesamt 18 Milliarden Mark an Aktien ausgegeben. Davon sind 2 Milliarden Vorzugsaktien und 11 Milliarden Stammaktien. Die 2 Millionen Vorzugsaktien kommen für den Verkauf zugunsten einer französischen Stabilisierungsanleihe überhaupt nicht in Betracht. Der vierte Teil dieser Vorzugsaktien, 500 Millionen Mark, kann innerhalb der zwei ersten Vertriebsjahre der Reichsbahngesellschaft an Gelde gemacht werden. Der Verkaufserlös fließt aber dann dem Reiche zur Befriedigung von Bedürfnissen des Reichshaushaltes zu. Der Rest von 1 1/2 Milliarden kann nur für Zwecke der Reichsbahn selbst Verwendung finden.

### Die 2 Milliarden Vorzugsaktien sind also an bestimmte Zwecke gebunden.

Sie sind noch nicht auf den Markt gekommen, da die Reichsregierung von ihrem Verkaufsrecht bisher keinen Gebrauch gemacht hat. Für die Verhandlungen in Washington scheiden sie vollkommen aus. Anders steht es mit den 11 Milliarden Obligationen. Diese sind sofort nach der Gründung der Reichsbahngesellschaft den Treuhändern der Gläubigerstaaten zur Verfügung gestellt worden. Die Repro hat sakundgemäß das Recht, diese Obligationen, wo und wann und in welchem Umfange sie will, auf den Markt zu bringen und sie zu diesem Zweck in eine für den Aktienhandel bestimmte Form zu bringen. Die 11 Milliarden Obligationen stehen der Repro zur freien Verwertung zur Verfügung.

Praktisch stehen dieser Verwertung natürlich sehr erhebliche Schwierigkeiten im Wege. Unsere Sorge braucht, wie ausländischerseits erklärt wird, das nicht zu sein, da auf unserer Seite lediglich die Verpflichtung der Reichsbahn besteht, die 11 Milliarden mit 5 Prozent zu veranleihen und mit 1 Prozent zu amortisieren. Welchem Obligationeninhaber sie diesen Zinsen- und Amortisationsdienst leistet, ist an sich belanglos.

Parker Gilbert hat bereits in seinem Bericht über das erste Reparationsjahr hervorgehoben, daß er es sehr acht für unmaßig halte, die deutschen Eisenbahnobligationen auf dem internationalen, d. h. im weitestlichen auf dem amerikanischen Geldmarkt unterzubringen.

Die volle Verzinsung und der Amortisationsdienst sehen nämlich auf deutscher Seite erst mit dem 1. September 1928 ein. Bis dahin ist er eingeschränkt, aber selbst wenn man heute schon die 5 Prozent Zinsen nebst 1 Prozent Amortisation voll einsehen könnte, was wollte das neben den 8 und 9 Prozent Zinsen heißen, die heute jeder amerikanische Kapitalist für die Anlegung seines Geldes haben kann? Welcher Verkaufspreis würde unter diesen Umständen für die deutschen Obligationen zu erzielen sein, und welches Interesse haben die Gläubigerstaaten daran, die Obligationen zu erwerben?

Es kann ihnen also ebensowenig wie Deutschland daran gelegen sein, daß diese Obligationen auf der Börse verschleudert und zu Spekulationsobjekten gemacht werden.

In Frankreich hat man damit gerechnet, daß Obligationen etwa im Werte von 100 Millionen Dollar, d. h. also im Werte von 420 Millionen M., in Amerika untergebracht werden könnten. Nach dem Verteilungsschlüssel müßten davon Frankreich 52 Prozent zufallen. Es würde also selbst bei einem Wertes des Planes Frankreich ein Betrag zur Verfügung stehen, mit dem man eine Stabilisierung der französischen Währung kaum ersthaft in Aussicht nehmen kann. Ob nach alledem die Verhandlungen in Washington zu einem erfolgreichen Abschluß führen werden, wird hier beiseite gelassen.

### Die englischen Handelsaussichten mit Deutschland.

London, 5. Januar. Die „Westminster Gazette“ beginnt jetzt mit der Veröffentlichung einer Artikelreihe, die sich auf Angaben des englischen Handelsattachés Thelwall in Berlin stützt und worin auf die großen Ungleichheiten für britische Erzeugnisse in Deutschland hingewiesen wird. Die Handelsbedingungen zwischen England und Deutschland, so erklärte Thelwall, hätten sich seit vergangener Oktober wesentlich gebessert, nachdem Einfuhrverbote und Einfuhrbeschränkungen beseitigt worden seien. Es bestehe in Deutschland immer eine Nachfrage nach gewissen britischen Artikeln, wie Zuch, Motorräder und Reichsaufbauten. Die Frage, ob der englische Kaufmann in Deutschland Geschäfte machen solle, besaßte Thelwall, sagte indessen hinzu, in der britischen Frage recht sorgfältig zu sein. (Zl.)

### Prager Neujahrseindrücke.

Prag, 1. Januar 1926.

Die Gedanken, die einen in Prag um die Jahreswende beschleichen, kann man nur als niederdrückend bezeichnen, nachdem ohne jede Selbsttäuschung die Erkenntnis vorherrscht, daß die sieben Jahre Bestehens der tschecho-slowakischen Republik nichts an der lähmenden Passivität der sudetendeutschen Politik ändern konnten. Der ununterbrochene Rette deutscher Unterdrückungen und Entrechtungen werden immer weitere folgen, ohne daß die Entwicklung zu irgendetwelchen Hoffnungen auf eine praktische und erfolgreiche Abwehr des tschechischen Gegners in nächster Zeit berechnen würde.

Wenn es schon einmal menschlich ist, zu Beginn eines neuen Jahres rückwärtig zu blicken und die Entwicklung zu ziehen, Fehler und Schwächen zu erkennen und gewappnet mit Erkenntnissen die Zukunft vorzubereiten, so werden sich die dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen zunächst mehr als eine bittere Wahrheit eingestehen müssen. Sie sollten dabei aber nicht stehen bleiben und diese Eingeständnisse zur Resignation oder als Erlaubnis für unglückliche Handlungen betrachten, wie sie das bisher zu tun gewohnt waren, sondern sie sollten endlich den Mut finden, aus ihrer bisherigen politischen Gestaltlosigkeit herauszukommen, die Unentschiedenheit über Bord werfen und eine Politik betreiben, deren Maßstab nicht Wählerfang und soziale Gegenstände im eigenen Lager, sondern einzig und allein das Verhalten der Tschechen sein müßte.

Gerade die letzten Wochen haben gezeigt, wie notwendig ein einheitliches tschechisches Vorgehen der Oppositionsparteien im Prager Parlament ist. Niemand vorher kam es doch so klar zum Ausdruck, wie vermehrt die innerpolitischen nationalen Verhältnisse der Tschecho-Slowakei sind und in welchem Gegenstand sie sich zu dem außenpolitischen Prestige dieses Staates befinden. Bei den ersten Sitzungen des neu gewählten Abgeordnetenhauses mitmachen durfte, wer den tosenden Lärm im Saale, das Brüllen und Schreien, das Schreien der Kinder, Trompeten und Pfeifen, das Brechen der hölzernen Pulte und die Prügeleien der Volksvertreter untereinander beobachtete, dem offenbarte sich in der ganzen tiefen Tragik das sich nach außen in dieser primitiven und drabischen Weise äußernde nationale Problem dieses Staates. Das dann neben der slowakischen und tschechischen Nationalen die deutsche Nationalität im Prager Parlament erklang, hätte die tschechischen Nachbarn nachdenklich machen sollen; es sagte aber der bodenlose Haß, und sein Ausdruck war ein empörendes Brüllen der tschechischen Koalition neben tschechischen Demonstrationen gegen die Deutschen in den Straßen Prags, dieser alten ehrwürdigen, von deutschem Geist und deutschem Fleiß erbauten Stadt.

Verkennerung der Tatsachen! Armutszeugnis für die Tschechen, die im Laufe der Jahre — als hätten sie im alten Oesterreich nichts gelernt — die Gegenläufe brutal verteilten und das nationale Problem so verschärften, daß heute auch die Slowaken in leidenschaftlicher Opposition ihnen gegenüberstehen. Hier liegt der wunde Punkt der Tschechen, und hierin ist gleichzeitig auch eine Warnung an die deutschen Parteien zu erblicken.

Solange die Deutschen, Ungarn und Kommunisten allein die Opposition gegen das tschechische System bilden, brauchen es die Tschechen nicht tragisch zu nehmen. Heute aber, nach dem überraschenden Sieg der slowakischen Autonomisten unter Peter Hlinka befinden sie sich in einer wenig angenehmen Situation. Der tschecho-slowakische Staat wird nach außen hin schwer kompromittiert. Die Slowaken erklären vor der ganzen Welt, die Behauptung vom „tschecho-slowakischen“ Volk sei eine Lüge, verlangen die Respektierung ihrer völkischen Eigenart, fordern politische und kulturelle Autonomie und nehmen so der treibenden tschechischen Idee vom Nationalstaat die unentbehrlichen Pfeiler. Gleichzeitig regeln die Slowaken in den ersten Sitzungen des Parlaments, daß sie — leider im Gegensatz zu den deutschen Parteien — als Opposition ernst genommen werden müssen und daß sie mit der ihnen innewohnenden Kraft gewillt sind, ihr Recht mit den äußersten Mitteln zu erkämpfen: Obstruktion, Aufsehung gegen die Staatsgewalt und Einsatz des persönlichen Lebens.

So steht die slowakische Frage im Vordergrund des Interesses: Soll der Staat nicht seine Stellung im Auslande aufs Spiel setzen, muß eine gütliche Auseinandersetzung mit den Slowaken erfolgen, während man durch die sprichwörtlich gewordene Uneinigkeit im deutschen Lager bis heute auf tschechischer Seite die Notwendigkeit verneinte, mit den dreieinhalb Millionen Deutschen einen geordneten Ausgleich herbeizuführen. Es ist daher selbstverständlich, daß man augenblicklich mit den Slowaken verhandelt, um so mehr, als diese zu verstehen gegeben haben, daß sie mit den Tschechen in der gemeinsamen Front gegen die Deutschen einig sein würden, wenn man ihre Forderungen erfüllt.

Hier liegt die Mahnung an die deutschen Parteien: wenn ein Ausgleich zustande kommt, so zuerst mit den Slowaken und dann gegen sie. Die augenblickliche Lage muß daher richtig erkannt werden. Sie heißt nach unserer Ansicht ungefähr das Optimum dessen dar, was die gegen das tschechische System zusammeneschlossene Opposition erzielen konnte, und nun kommt alles darauf an, diese Konjunktur richtig auszunutzen. Es ist sehr zu hoffen, daß das soeben benannte Jahr in seinen ersten Wochen den deutschen Parteien diese Erkenntnis bringen wird. Vorläufig haben die drei von den deutschen Parteien abgegebenen Erklärungen zu Beginn

## Der ungarische Fälscher-Scandal.

### Ein abgelehntes Rücktrittsgeheim Beihlens?

Wien, 5. Jan. Das „Neue Wiener Tagblatt“ berichtet, daß im Zusammenhang mit der Banknotenfälscheraffäre Baron Stanislaw Peronai, ein Intimus des ermordeten Grafen Stephan Tiska, verhaftet worden ist. Ferner sollen Hausdurchsuchungen bei Boni und dem Hauptmann Budabasi, welche die Führer und Organisatoren des weltunartigen Aufstandes gegen Oesterreich waren, vorgenommen worden sein. Es heißt auch, daß der Freund des Prinzen Windisch-Grätz und führende nationaltschechische Politiker Smerca und verhaftet worden sei, der besonders in der slowakischen Forderung eine hervorragende Rolle spielt hat. Gegen den südtungarischen Landespolizeichef Radosi soll ein Steckbrief erlassen worden sein.

Nach der „Neuen Freien Presse“ soll Ministerpräsident Graf Beihlen am Donnerstag keine Demission annehmen haben. Der Reichsverwesler habe sie jedoch nicht angenommen. Graf Beihlen soll erklärt haben, Graf Beihlen soll erklärt haben, daß er nur unter der Bedingung auf seinem Posten verbleiben werde, wenn er in der Ausübung der Banknotenfälscheraffäre vollkommen freie Hand erhält, und wenn die Behörden ohne Rücksicht auf Ansehen und Person Erhebungen vorsehen können. Erst nach dieser Versicherung erklärt er sich zur Fortführung der Geschäfte bereit. Die französischen Kriminalbeamten wollten von Wien aus nach Berlin reisen, um den Ursprungsort des angeblich aus Deutschland stammenden Banknotensatzes auszuforschen. Später wurde jedoch festgestellt, daß das Papier in einer schwedischen Papierfabrik hergestellt sein müsse. Endlich verläutet, daß seitens der französischen Regierung die Forderung auf Erhebungen an die ungarische Regierung werde geltend gemacht werden.

### Eine Sensationsmeldung des „Vorwärts“.

Berlin, 5. Jan. In der Verhaftung des Prinzen Windisch-Grätz in der Banknotenfälscheraffäre wird dem „Vorwärts“ aus Budapest gemeldet, die ganze Angelegenheit gewinne eine große politische Bedeutung dadurch, daß nun der offene Kampf zwischen der Partei des Erzherzogs Albrecht und Ministerpräsident Beihlen begonnen habe. Windisch-Grätz sei seit längerer Zeit mit den Begünstigten verfallen und in das Lager der „Reaktion“, und zwar der Gruppe, die den Fiskus des Erzherzogs Albrecht vorbereitete, übergegangen. Innerhalb der Regierung Rede der Unterrichtsminister Kle-

berberg, der unlängst in Berlin war, und der Minister des Innern auf der Seite der Tschechen. Das gleiche treffe auf den Polizeichef, der dieser Tage aus Ulm ab geschickt wurde, sowie auf den ganzen Hofstaat des Reichsverweslers Horthy und Horthy selbst zu. Unter anderem wird behauptet, daß Erzherzog Albrecht mit Horthy bereits ganz feste Vereinbarungen getroffen habe, um diesen für seinen Verzicht auf die Reichsverweserschaft zu entschädigen. Es soll ihm das Fürstentum verprochen, sowie die Verteilung eines Großgrundbesitzes angeboten worden sein.

Diese Meldung des „Vorwärts“ ist höchst unglaubwürdig und läuft nur auf eine Heße gegen den Reichsverwesler Horthy hinaus.

### Erzwungener Rücktritt des Kronprinzen Karol?

Bukarest, 5. Jan. Der Adjutant des bisherigen Kronprinzen Karol, Oberst Coudebecq, hat das Kriegsministerium telegraphisch von seiner Derivision in Kenntnis gesetzt und wird weiter als Privatsekretär beim Prinzen bleiben. Nach Andeutungen der rumänischen Presse rechnete Prinz Karol bereits seit einiger Zeit damit, daß er zum Verzicht auf die Thronfolge gezwungen werden würde, da von tschechischer Seite ein Komplott gegen ihn angesetzt wurde.

### Billigung des Thronverzichtes durch das Parlament.

Bukarest, 5. Januar. Beide Häuser des Parlaments hielten am Montag eine Sitzung ab, um sich mit dem Thronverzicht des Kronprinzen Karol zu befassen. Der Geleitsentwurf über den Thronverzicht und die Proklamierung des Prinzen Michael zum Thronfolger wurde von den beiden Häusern des Parlaments angenommen. Die Mitglieder der Opposition enthielten sich der Abstimmung. Mitglieder des Regimentsrates werden Prinz Nikolaus, der Patriarch Crispa Miron und der Präsident des Kassationshofes, Cipdugan, sein.

Prinzessin Helena bleibt weiter Mitglied des königlichen Hauses, behält das Palais des Kronprinzen und widmet ihr Leben der Erziehung ihres Sohnes. Sie hat bereits die bindende Erklärung abgegeben, daß sie nach einer Scheidung eine neue Ehe nicht eingehen werde.

berberg, der unlängst in Berlin war, und der Minister des Innern auf der Seite der Tschechen. Das gleiche treffe auf den Polizeichef, der dieser Tage aus Ulm ab geschickt wurde, sowie auf den ganzen Hofstaat des Reichsverweslers Horthy und Horthy selbst zu. Unter anderem wird behauptet, daß Erzherzog Albrecht mit Horthy bereits ganz feste Vereinbarungen getroffen habe, um diesen für seinen Verzicht auf die Reichsverweserschaft zu entschädigen. Es soll ihm das Fürstentum verprochen, sowie die Verteilung eines Großgrundbesitzes angeboten worden sein.

Diese Meldung des „Vorwärts“ ist höchst unglaubwürdig und läuft nur auf eine Heße gegen den Reichsverwesler Horthy hinaus.

### Erzwungener Rücktritt des Kronprinzen Karol?

Bukarest, 5. Jan. Der Adjutant des bisherigen Kronprinzen Karol, Oberst Coudebecq, hat das Kriegsministerium telegraphisch von seiner Derivision in Kenntnis gesetzt und wird weiter als Privatsekretär beim Prinzen bleiben. Nach Andeutungen der rumänischen Presse rechnete Prinz Karol bereits seit einiger Zeit damit, daß er zum Verzicht auf die Thronfolge gezwungen werden würde, da von tschechischer Seite ein Komplott gegen ihn angesetzt wurde.

### Billigung des Thronverzichtes durch das Parlament.

Bukarest, 5. Januar. Beide Häuser des Parlaments hielten am Montag eine Sitzung ab, um sich mit dem Thronverzicht des Kronprinzen Karol zu befassen. Der Geleitsentwurf über den Thronverzicht und die Proklamierung des Prinzen Michael zum Thronfolger wurde von den beiden Häusern des Parlaments angenommen. Die Mitglieder der Opposition enthielten sich der Abstimmung. Mitglieder des Regimentsrates werden Prinz Nikolaus, der Patriarch Crispa Miron und der Präsident des Kassationshofes, Cipdugan, sein.

Prinzessin Helena bleibt weiter Mitglied des königlichen Hauses, behält das Palais des Kronprinzen und widmet ihr Leben der Erziehung ihres Sohnes. Sie hat bereits die bindende Erklärung abgegeben, daß sie nach einer Scheidung eine neue Ehe nicht eingehen werde.